Wildbader Tagblatt

(Enztalbote)

Amtsblatt für Wildbad. Chronik und Anzeigenblatt für das obere Enztal.

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- u. Feiertags. Bezugspreis monatlich Mk. 4.50, vierteljährlich 13.50 frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im innerdeutschen Verkehr Mk. 13.50 und 90 Pfg. Postbestellgeld.

Anzeigenpreis: die einspaltige Petitzeile oder deren Raum 50 Pfg., auswärts 60 Pfg., Reklamezeilen 1.50 Mk., bei größeren Aufträgen Rabatt nach Tarif. Schluß der Anzeigenannahme: täglich 8 Uhr vormittags.

Druck der Buchdruckerei Wildbader Tagblatt; Verlag und Schriftleitung: Th. Gack in Wildbad.

Nummer 187 | Fernruf 179. | Wildbad, Samstag, den 14. August 1920. | Fernruf 179. | 54. Jahrgang

Sonntagsgedanken.

In Blitz und Donner.

O stille Schauer, wunderbares Schweigen,
wenn heimlichflüsternd sich die Wälder neigen,
die Täler alle geisterbleich versanken,
und in Gewittern von den Bergesspitzen
der Herr die Weltgeschichte schreibt mit Blitzen
denn seine sind nicht euere Gedanken.

Eiche

Wochenrundschau.

Der Reichskanzler und der Reichsminister des Aeußern Dr. Simons sind im Urlaub, letzterer wird sogar, wie es heißt, in der Schweiz eine Begegnung mit Lloyd George und dem italienischen Außenminister Sforza haben. Es ist natürlich kein Höflichkeitsbesuch, wenn Simons, sofern die Zeitumstände es überhaupt dazu kommen lassen, zu dem englischen Ministerpräsidenten gebeten wird. Die Urlaubsabwesenheit der führenden Reichsbeamten ist aber kein Zeichen der Entspannung in der politischen Lage, vielmehr ist die Lage sehr ernst, wie Lloyd George im englischen Unterhaus mit großem Nachdruck sagte. Die Besprechung in Hythe zwischen Lloyd George und Millerand ist nicht so ausgefallen, wie die beiden Herrn es gewünscht hätten. Sie haben zwar wieder einmal versichert, es sei eine „völlige Uebereinstimmung" erreicht worden; aber das stimmt nicht, stimmt so wenig als die Behauptung Lloyd Georges im Unterhaus, der polnische Angriff auf Rußland im letzten Frühjahr sei gegen den Willen des Verbands unternommen worden. Französische Blätter haben es verraten und die Spatzen pfeifen es vom Dach, daß Lloyd George und Millerand — nicht zum ersten Mal — scharf aneinander geraten sind und daß nicht einmal nach Schluß — oder Abbruch? — der Besprechungen, die zwei volle Tage in Anspruch nahmen, genau feststand, was nun eigentlich mit Rußland oder Polen geschehen solle. Daß Polen ein unabhängiger Staat und im vollen Besitz des von Deutschland geraubten Gebiets bleibe, darüber allerdings herrschte „völlige Uebereinstimmung". Aber wie man die Russen um die Früchte ihres Siegs über die Polen bringe, darüber gingen die Ansichten weit auseinander. Lloyd George hat noch andere Sorgen, als Deutschland durch Polen in Schach zu halten. Millerand mußte sich also seine Kampfeslust dämpfen lassen, so sehr sich der Schmerz um die 25 an Rußland gepumpten Milliarden dagegen aufbäumte. Da traf auch noch in letzter Minute die Nachricht von einer Note des Staatsamts der Vereinigten Staaten an die italienische Botschaft in Washington ein, in der gesagt wird, Amerika sei entschlossen, „das russische Gebiet zu schützen", das heißt, es werde nicht dulden, daß gegen Rußland vom Verband ein Krieg geführt werde. In Rußland regiere zwar augenblicklich noch der Bolschewist Lenin, aber der Kampf um die nationale Freiheit se ikeine bolschewistische, sondern eine russische Sache. Von einer Hilfe für Polen, um die auch Amerika angegangen worden war, war mit keinem Wort die Rede.

„Die Lage ist sehr ernst". Kein Zweifel. Den Russen ist schwer beizukommen; das im nationalen Wilgeeinte Land ist ein anderer Gegner als das geknebelte Deutschland. Die Bolschewisten brauchen Frankreich nur nicht den Gefallen tun, den französischen Truppen auf deutschem Boden entgegenzurennen, dann endet ein Krieg des „siegreichen" französischen Kapitals gegen Sowjetrußland sicher mit einer französischen Revolution. Verzweifelt sucht daher die französische Regierung nach den Dummen, die ihr das Wagnis abnehmen oder mit ihr teilen. Die Stacheldrahtstaaten haben aber alle dankend abgelehnt und ihre Neutralität erklärt, auch die ungarische Regierung hat das von französischer Seite in die Welt gesetzte Gerücht der ungarischen Waffenhilfe widerlegt.

So muß denn der gemeinsame Verbands-Kriegszug gegen Sowjet-Rußland unterlassen werden und es soll fortblockiert und eine „Defensivstellung" vom Kaukasus bis zur Murmanküste probiert werden. Daß der kostspielige Apparat wirksam wäre, glauben die Verbündeten offenbar selbst nicht. Aber es waren hundert gegen eins zu wetten, daß Millerand sich mit dem Ergebnis von Hythe nicht zufrieden geben werde, denn in Hythe war er der Besiegte. Wie wär's, wenn eine Lage geschaffen würde, die den englischen Verbündeten einfach zwänge, das Schwert zu ziehen? Eine prächtige Gelegenheit bot sich in dem „Südrussischen Staat" des Generals Wrangel, der um die Krim herum in verbändlerischem Auftrag und mit verbändlerischen Mitteln seit dem Abgang Denikins einen nicht unglücklichen Krieg gegen die Sowjetregierung führt. Wrangel ist, nebenbei bemerkt, Deutscher von Geburt. Er hat 1914 als Leutnant im Heer des Zaren gekämpft und zeichnete sich später in den Kämpfen Denikins gegen die Bolschewisten aus. Wenn man die „Regierung" Wrangels anerkennen würde, so mußte das die Russen — nicht bloß die Bolschewisten — aufs äußerste reizen, hatte doch bei den langwierigen Verhandlungen über die Friedenskonferenz die Sowjetregierung dem Verband aufs entschiedenste erklärt, daß in der Wrangel'schen Angelegenheit keinerlei Einmischung geduldet würde. Millerand wollte die Russen nun gerade da treffen, wo sie am empfindlichsten waren. Er gab dem General Wrangel bekannt, daß die französische Regierung in Anbetracht seiner Siege seine Regierung anerkenne, sich diplomatisch bei ihr vertreten lasse und ihn künftig kräftig unterstützen werde, — was ja bisher schon insgeheim geschehen war.

Aber es ist eine alte Regel, daß gewisse Menschen, und mögen sie noch so schlau sein, sich einmal in ihren eigenen Maschen fangen. So Millerand. Daß die Russen die Anerkennung der „Regierung" Wrangels als einen frivolen Eingriff in innerrussische Angelegenheiten und als eine feindliche Herausforderung auslegen werden, hat Millerand ganz richtig berechnet. Aber daß Lloyd George diesmal nicht nachgeben konnte, wie es die Regel war, solange es sich um die Knebelung Deutschlands handelte, das scheint Millerand entgangen zu sein. Lloyd George war wie vor den Kopf geschlagen, als ihm der eigenmächtige Schritt der Verbündeten in Paris gemeldet wurde. In London gabs eine Aufregung, größer als in den kritischen Augusttagen des Jahres 1914. Das Unterhaus, das eben vertagt werden sollte, wird seine Sitzungen fortsetzen, Lloyd George geht vorläufig nicht in die Schweiz und der König von Großbritannien hat seine Sommerreise nach Schottland verschoben. So etwas kommt nur vor, wenn die Lage wirklich „sehr ernst" ist. Das tollkühne Unternehmen Millerands bedeutet nichts anderes, als den Kriegszustand zwischen Frankreich und Rußland, wie es von russischer Seite schon ausgesprochen worden ist. England will daran nicht beteiligt sein, ebensowenig Italien. Die Londoner „Times" mag nicht unrecht haben, wenn sie von einer Zweiteilung des Verbands spricht: auf der einen Seite England und Italien, die mit den Bolschewisten Frieden schließen und die Sowjetregierung damit anerkennen wollen, auf der anderen Seite Frankreich und Amerika, die gegen die Bolschewisten sind. Aber auch zwischen den beiden letzteren Bundesgenossen besteht ein erheblicher Unterschied: Frankreich ist gegen die Bolschewisten und gegen die Russen, Amerika ist gegen die Bolschewisten, aber für die Russen, die es geschützt haben will. So steht Frankreich tatsächlich allein. Es hat nun vielleicht einen neuen Krieg zu führen — was ihm schwer fallen dürfte —, oder Herr Millerand muß gehen und dann hat Frankreich wenigstens eine schwere diplomatische Niederlage erlitten.

Der Haß gegen Deutschland hat Millerand und die ganze französische Politik so weit gebracht. Die wohlverdiente Niederlage der Polen hätte allerdings die Scheidewand zwischen Deutschland und Rußland niedergerissen und damit den Vertrag von Versailles zerbrochen, wie Millerand sagte, aber diese Vernunftnotwendigkeit wird doch kein Millerand und kein Lloyd George aufhalten. An die Russen können sie aber, zumal die Sommerzeit zur Neige geht, vorläufig nicht heran, und doch wird der rasende See sein Opfer haben wollen. Und dieses Opfer wird, so ist zu befürchten, Deutschland sein. In dem besetzten Saargebiet wird von den Franzosen schon seit mehreren Wochen ein Regiment geführt, daß die so geduldige Bevölkerung sich schließlich empört dagegen aufsehnt, freilich um nur noch schwereres ertragen zu müssen. Die Kriegsgerichte füllen die Gefängnisse und die französischen Kassen, Ausweisungen von Hunderten sind an der Tagesordnung.

Auch mit anderen Schikanen wird uns zugesetzt. Die „Wiedergutmachungskommission" hat entdeckt, daß unter den Ablieferungskohlen 35 Prozent „wertloser Abfall" sich befinde, der auf die Pflichtmenge von 2 Millionen Tonnen monatlich nicht angerechnet werden soll. Ferner sollen die Eisenbahner in Deutschland, die französisch-polnische Munitionszüge aufhielten, bestraft und vom Durchgangsdienst entfernt werden. Der Verband verlangt weiter die Auflösung der verstärkten Grenzwache in Ostpreußen usw. Kurz, es hat den Anschein, als ob Frankreich den Schwerpunkt der russisch-polnischen Frage nach Deutschland rücken wollte, dem französische Zeitungen bereits einen Geheimvertrag mit Rußland andichten; phantasiebegabte Leute wittern sogar schon einen deutsch-russisch-amerikanischen Dreibund.

In den Verhandlungen mit dem Verband hat sich die Sowjetregierung als die überlegene gezeigt. Freilich, sie hatte auch eine weit günstigere Stellung. Während beim Verband völlige Meinungsverschiedenheit herrschte, verfolgen die Russen ein klares nationales Ziel. In Hythe glaubten Lloyd George und Millerand Wunder war ersonnen zu haben, wenn sie der Sowjetregierung die Bedingung stellten, daß bei dem Frieden mit Polen die Unversehrtheit des rein polnischen Gebiets und die Unabhängigkeit des Staats die Grundlage bilden müsse. Gut, antworteten die Russen, das nehmen wir an; wir sind gegen die polnischen Angreifer sogar nobler, als der Verband gegen Deutschland war. Wir schenken den Polen noch viel Land dazu, wenn es auch meist Sümpfe sind. Die Unabhängigkeit tasten wir nicht an; wenn sich in Polen von selbst Sowjetrepubliken auftun, so ist das Sache der Polen. Polen darf sogar ein Heer von 50- oder 60 000 Mann unterhalten, das ist im Verhältnis das Zweieinhalbfache dessen, was der Verband Deutschland gelassen hat. Aber wir verlangen die Auslieferung aller weiteren Waffen, Verbot der Zufuhr von solchen durch den Verband und die Ueberlassung einer direkten Bahnlinie nach Ostpreußen und dem Hafen Königsberg. Wahrhaft großmütige Bedingungen im Vergleich zum Vertrag von Versailles und doch erreicht Rußland das was es will: die Unschädlichmachung Polens und die unmittelbare Fühlung mit Deutschland, also das, was der Vertrag von Versailles verhüten wollte. Lloyd George geriet durch die russische Antwort in größte Verlegenheit; er war mit den eigenen Waffen geschlagen. Würde der Verband daraufhin doch gegen Rußland zu Felde ziehen, dann beginge er einen offenkundigen Wortbruch und eine frivole Friedensverletzung und kein Staat könnte ihnen beistehen, ohne sich moralisch mitschuldig zu machen. Durch den diplomatischen Sieg der Russen wollen aber Millerand und Foch die französischen „Siege" seit dem 11. November 1918 nicht beeinträchtigen lassen und sie schreckten nicht vor dem gefährlichen Abenteuer zurück, in das Frankreich jetzt gestürzt wird und in das vielleicht auch Deutschland hineingezogen werden kann. Die Folgen der Anerkennung der Wrangelregierung sind noch nicht zu übersehen. Einstweilen wird eifrig zwischen den Kabinetten der Verbündeten verhandelt.

Neues vom Tage.

Anfrage an die Reichsregierung.

Haag, 13. Aug. Die Sowjetregierung richtet nach dem Holl. N. Bur. durch Funkspruch die dringende Anfrage an die deutsche Regierung, ob die polnischen Truppen, die sich im Abstimmungsgebiet ansammeln, von Deutschland interniert und entwaffnet werden. (Vor den Russen fliehende polnische Truppen und Freiwillige sollen sich bei Soldau, im ostpreußischen Abstimmungsgebiet Allenstein, sammeln und dort Befestigungen anlegen. Das Abstimmungsgebiet steht jetzt noch trotz der Abstimmung unter der Hoheit des Verbands; seitens der Polen liegt jedenfalls eine von den Verbandskommissaren geduldete Völkerrechtsverletzung vor, die das Deutsche Reich nicht abzuwehren imstande ist. Es ist aber hier schon ein Fall gegeben, der den Bolschewisten den formalen Grund zum Einmarsch in Deutschland bietet, wodurch der Kriegsschauplatz auf Deutschland übertragen würde.)

Die Anziehungskraft Bayerns.

München, 13. Aug. In Süd-Thüringen besteht, wie die „M. N. N." nach der „Sonnenberger Ztg." melden, nicht nur in Koburg eine Abneigung gegen Groß-Thüringen und der Wunsch, sich an Bayern anzuschließen. Die schlechte Finanzwirtschaft der thüringischen Regierungen schrecke ab, während in Bayern die Volkswirtschaft unter tatkräftiger und geschickter Führung der Gesundung entgegengehe.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Die Abstimmung in Kärnten.

Berlin, 13. Aug. Die „D. Allg. Ztg." meldet aus Wien, die österreichische Regierung habe den Verband ersucht, in die beiden Abstimmungsgebiete Kärntens Verbandstruppen zu legen, damit eine geordnete Abstimmung ermöglicht werde.

Krieg im Osten.

Kopenhagen, 13. Aug. Einem Telegramm aus Helsingfors zufolge ist zwischen Rußland und Finnland auf der Konferenz in Dorpat eine Verständigung über die Waffenstillstandsbedingungen erzielt worden. Der Abschluß des Waffenstillstands wird in den nächsten Tagen erwartet.

Kopenhagen, 13. Juli. Wie verlautet, wird der hiesige Vertreter der Sowjetregierung Litwinow an Stelle Tschitscherins Außenminister in Moskau werden, da seine Anschauung in Moskau durchgedrungen sei, daß keine Handelsbeziehungen aufgenommen werden sollen, ehe nicht der Friede hergestellt und die Sowjetregierung von den auswärtigen Staaten anerkannt sei.

Lloyd George über Millerands Abenteuer.

London, 13. Aug. Auf einem Frühstück, welches zu Ehren Lloyd Georges den Führern der Koalition gegeben wurde, sagte der Ministerpräsident, er hoffe und vertraue darauf, daß nichts die „Einheit" zwischen Frankreich und England stören werde. Wenn es sich um die Herstellung des Friedens handle, sei es erste Pflicht der Regierung, das Volk nicht in ein Abenteuer zu stürzen, das nicht zu rechtfertigen wäre.

Amerika und der „englisch-französische Konflikt".

Paris, 13. Aug. Wie die Morgenblätter aus Washington melden, ist man in Amerika der Ansicht, daß Amerika vorläufig in dem englisch-französischen Konflikt über Rußland keinerlei Partei ergreifen sollte.

Sie sind erkannt.

Paris, 13. Aug. „Echo de Paris" meldet aus Washington, daß Präsident Wilson gegen die Errichtung der kleinen Staaten in Rußland sei. Er sei überzeugt, daß England und Frankreich sich zahlreiche „Konzessionen" gesichert haben als Gegenleistung für die Anerkennung der kleinen Staaten. „Echo de Paris" meldet ferner, daß die Verhandlungen zwischen den polnischen und russischen Vertretern jedenfalls nicht vor dem 14. August beginnen werden.

Aufruf der Sowjetregierung an die Arbeiter Frankreichs.

Paris, 13. Aug. Die Sowjetregierung hat an die französischen Arbeiter einen Aufruf gerichtet, in dem sie erklärt, daß durch die französische Anerkennung der Regierung des Generals Wrangel eine große Erregung in Rußland hervorgerufen worden sei und daß die Krise sehr leicht in einen Krieg zwischen Rußland und Frankreich ausarten könne. Krassin und Kamenew hätten sich bei jeder Gelegenheit bemüht, der französischen Regierung klarzumachen, daß Sowjetrußland bestrebt sei, alle Fragen zu prüfen, die Frankreich in der gegebenen Form nicht anerkennen könne. Gerade in dem Augenblick, wo man gehofft habe, durch einen russisch-polnischen Frieden der Welt den allgemeinen Frieden wieder zu geben, würden durch Frankreichs Anerkennung der südrussischen Republik die Verhandlungen mit Polen aus dem Gleise geworfen und so gut wie abgebrochen. Man stehe unter Umständen am Vorabend eines neuen Weltkrieges. Jetzt habe die französische Arbeiterschaft das Schicksal der ganzen Welt in der Hand.

*

Paris, 13. Aug. Die englische Botschaft in Paris hat Vorstellungen erhoben bezüglich der Anerkennung des Generals Wrangel, hat aber keine eigentliche Note in dieser Angelegenheit überreicht. Die englische Regierung wird sich streng an das Abkommen halten, daß sie nichts gegen die Sowjetregierung unternimmt in Erwartung der Haltung, welche diese einnehmen wird bei der Erfüllung der Bedingungen zum Waffenstillstand und zum Frieden. Die englische Regierung wird sich so verhalten, wie wenn Frankreich nicht für sich gehandelt hätte.

Die aus Moskau nach Paris zurückgekehrten Sozialisten Frossard und Cachin behaupten, die Sowjetregierung verfüge über ein Heer von 2½ Millionen Mann. (?)

Die englischen Arbeiter verlangen eine unzweideutige Erklärung Lloyd Georges.

Rotterdam, 13. Aug. Wie der „Rotterdamsche Courant" aus London meldet, hat der Arbeiterausschuß für die russisch-polnische Frage in einem Brief an Lloyd George mitgeteilt, daß die Frage des Verhältnisses zwischen Rußland und England mit der Mitteilung Lloyd Georges im Unterhaus nicht erledigt sei. Die Arbeitervertretung sei davon überzeugt, daß ein Friedensschluß und normale Beziehungen zwischen England und Rußland eine gebieterische Notwendigkeit seien. Der Brief ersucht mit Rücksicht auf die für Freitag anberaumte internationale Arbeiterkonferenz, sofort in deutlichen und und bestimmten Worten zu erklären, welche Bedingungen die englische Regierung für den Frieden mit Rußland stellt.

Die Aufhebung der Schranke unannehmbar.

Paris, 13. Aug. „Petit Parisien" erfährt, nachdem die englische Regierung vor zwei Tagen Polen geraten habe, die Waffenstillstandsbedingungen im ganzen anzunehmen, habe sie sich jetzt, auf den Rat von Sachverständigen (Foch?) dafür entschieden, daß das russische Verlangen der freien Verfügung über die Eisenbahn Wolkowiez—Grajewo, die nach Königsberg führt, unannehmbar sei. Wenn diese Linie unter bolschewistische Kontrolle gestellt würde, könnte sie durch eine Abmachung zwischen Berlin und Moskau zu einer strategischen Linie für Rußland und Deutschland umgewandelt werden, die jede Verbindung der Verbündeten mit Polen unterbinden könnte.

Amsterdam, 13. Aug. In einem Moskauer drahtlosen Telegramm ersucht Tschitscherin die englische Regierung, bei den Polen darauf zu dringen, daß die Sabotage in Warschau aufhöre. Die Warschauer drahtlose Station habe keine Mitteilung an die russische Station gesandt und gebe auf die Anrufe der russischen Station Moskau keine Antwort.

London, 13. Aug. Die „Times" meldet aus Teheran: Die Bolschewisten haben nach ihrem Bruch mit Kutschik Kahn einen großen Teil der Stadt Reicht (Persien) geplündert und niedergebrannt.

Anschlag auf Venizelos.

Lyon, 13. Aug. Als der griechische Minister Venizelos gestern abend auf der Reise von Paris nach Nizza in Lyon den Zug besteigen wollte, feuerten der griechische Leutnant Georges und der Journalist Thoravis mehrere Revolverschüsse auf ihn ab. Venizelos erlitt zwei Verletzungen und wurde in ein Spital verbracht. Die Täter erklärten, sie haben ihr Vaterland von einem Tyrannen befreien wollen. (Schon vor einiger Zeit wurde gemeldet, daß in Athen eine Verschwörung gegen Venizelos bestehe.)

*

Die Weichsel polnisch.

Berlin, 13. Aug. Wie von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, ist die Note wegen der Grenzfestsetzung im ost- und westpreußischen Abstimmungsgebiet eingegangen. Die deutschen Ansprüche wegen der Ueberlassung eines 50 Meter breiten Streifens auf beiden Weichselufern und der Abtretung einiger Ortschaften an Polen haben keine Berücksichtigung gefunden, sondern es ist bei den Beschlüssen der Botschafterkonferenz geblieben.

Ausschreitungen.

Königsberg, 13. Aug. Gestern und heute kam es hier zu Ausschreitungen von Ausständigen. Die Sicherheitspolizei mußte wiederholt von der Waffe Gebrauch machen. Ein Arbeiter wurde getötet, drei schwer verletzt.

Der Landarbeitertarif ist nach 4monatigen Verhandlungen für Ostpreußen und dem deutschen Westteil Westpreußens abgeschlossen worden.

Königsberg, 13. Aug. Nach hier eingegangener Meldung haben die Bolschewisten Pultusk genommen.

Preise und Gewinne.

Der Reichstagsabgeordnete Dr. Stubmann, Syndikus der Hamburger Reeder, richtet einen offenen Brief an Handel und Industrie, in welchem er eindringlich es als die wichtigste Aufgabe der industriellen Organisationen aller Art bezeichnet, sich um einen Preisabbau auf dem Weg einer neuen kaufmännisch-kollegialen Moral zu bemühen.

Fabrikanten wie Händler treiben heute in Preisfragen oft eine Politik, die zwar augenblicklich recht einträglich, letzten Endes aber gemeinschädlich ist. Diese Gemeinschädlichkeit wird sich schließlich auch an denen, die jene törichte Preispolitik treiben, schwer rächen. Wir leben in einer Zeit der Warenknappheit. Es ist kein Kunststück, die Preise hinaufzusetzen, wenn die Konkurrenz fehlt oder wenn man sich die Konkurrenz durch Ausnutzung der immer noch vorhandenen Zwangswirtschaftsorganisationen vom Leibe hält. Es ist aber eine Torheit, wenn Fabrikanten und Händler da, wo es nur irgend möglich ist, ihre Preise mit Gewinnaufschlägen kalkulieren, die früher nicht entfernt üblich waren. Der Grundsatz, den höchstmöglichen Gewinn aus jedem Geschäft herauszuwirtschaften, ist heute nicht nur verfehlt, sondern tödlich.

Dr. Stubmann gibt Beispiele, die er und jeder, der sich mit der Wirtschaft beschäftigt, beliebig vermehren könnte: Der billig gewordene Kakao, der ermöglichte, Schokolade für 15 bis 20 Mark zu verkaufen, anstatt für 35 Mark; die Preispolitik der Papierfabriken, die recht befriedigende Abschlüsse haben (eine verteilt 100 Prozent Dividende), obschon nach der Erklärung der Regierung die Druckpapierpreise „entsprechend der Marktlage" seien, woraus folgt, daß auf hochwertige Papiersorten ungewöhnliche Gewinnzuschläge erhoben werden.

Aus dem besetzten Gebiet.

Saarbrücken, 13. Aug. Seit heute früh 6 Uhr herrscht hier allgemeiner Ausstand, zunächst auf 24 Stunden. Sollten die Verhandlungen fehlschlagen, so tritt der allgemeine Ausstand am Montag wieder ein.

Saarbrücken, 13. Aug. Die Regierungskommission hat erklärt, sie wolle am Beamtenstatut nichts ändern, sie wolle auch nicht mit den Vertretern der Ausständigen verhandeln, solange sie die Arbeit nicht wieder aufgenommen hätten. Falls dies morgen geschehen sei, verpflichte sie sich, weitgehende Nachsicht für die Arbeiter und Beamten vorzuschlagen, die sich einer Strafverfolgung ausgesetzt haben. Diejenigen, die sich der öffentlichen Gewalt widersetzt oder Sabotage getrieben haben, sollen von dieser Vergünstigung ausgeschlossen bleiben.

Berlin, 13. Aug. Alle aus dem Saargebiet ausgewiesenen und flüchtigen Saarbewohner werden in ihrem eigensten Interesse gebeten, sich nach Verlassen des besetzten Gebietes sofort an die nächstgelegene Flüchtlingsfürsorgestelle des Roten Kreuzes zu wenden. Es kommen vor allen Dingen in Betracht Darmstadt, Mannheim, Karlsruhe, Offenburg und Düsseldorf. Es wird besonders vor der Abwanderung in die Großstädte gewarnt wegen der dort herrschenden Arbeitslosigkeit und Wohnungsnot. Alle Ausgewiesenen und Flüchtlinge wollen sofort und zwar schriftlich ihre Adresse mitteilen der Geschäftsstelle des Saarvereins, Berlin SW. 11, Königgrätzerstraße 94.

*

Amsterdam, 13. Aug. Englische Truppen haben in Cork einen Handstreich gegen das Rathaus ausgeführt, wo gerade drei sinnfeinerische Gerichtshöfe ihre Sitzungen abhielten. Der Bürgermeister von Cork und 10 andere Sinnfeiner, darunter die Vorsitzenden der drei Gerichtshöfe, wurden verhaftet.

Der 10prozentige Lohnabzug.

Stuttgart, 13. Aug. Staatssekr. Mössle vom Reichsfinanzministerium in Berlin hielt heute im Landesgewerbemuseum vor Vertretern der Arbeitgeber- und Arbeiterorganisationen einen Vortrag über den besonders in Württemberg viel umstrittenen 10prozentigen Lohnabzug, von dem er angenommen hatte, daß der Widerstand sich nur gegen das Abzugsverfahren richte, von dem er aber zu seiner Ueberraschung erfuhr, daß der Kampf vor allem der Höhe des Steuersatzes gilt. Der Staatssekretär gab zu, daß wir gegenwärtig von dem Ideal einer Steuergesetz-

---

Wessen Bild trägst du im Herzen?

Roman von Erich Ebenstein.

38. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

„Vielleicht ist für fremdes Leid nicht mehr so viel Raum in einem Herzen, das selbst des Leides voll ist?"

„Mag sein. Aber meine Kusinen? In ihrem Leben war noch kein Leid und doch sind auch sie unermüdlich in Werken der Barmherzigkeit. Clo begreife ich noch. Sie tut alles aus heroischem Pflichtgefühl, das keine Schwäche in sich selbst aufkommen läßt. Aber Tinti? Haben Sie bemerkt, Lore, wie sie sich täglich von neuem freut auf diese Spitalbesuche? Wie sie lacht und scherzt mit den Leuten und so sorglos fröhlich durch die Säle geht, als wären es Ballsäle? Ich kann es nicht begreifen! Ich schäme mich oft neben ihr, daß ich so schwerfällig bin, schaudere, wo sie scherzt, und am liebsten weinen möchte, wo sie lacht!"

Lore sah ihre Herrin besorgt an. So leidenschaftlich bewegt hatte die Prinzessin noch nie gesprochen. Es klang fast wie ein schmerzlicher Aufschrei.

„Vielleicht wäre es doch besser, wir gingen heute nicht mit ins Katharinenhospital und Hoheit gönnten sich einmal einen Tag Ruhe? Hoheit haben in diesem Jahr so viel geleistet und sich so aufopferungsvoll Ihren Pflichten hingegeben, daß es —"

„Nein, nein", Magelone hatte sich schon wieder gefaßt. „Wir wollen nicht schwach sein und uns von Tinti auslachen lassen. Ich bin heute nur ein wenig nervös! Der Herzog machte mir vorhin die Mitteilung, daß Se. Hoheit, der Prinz, nun in Serbien kämpft und daß es dort ungeheure Strapazen durchzumachen gäbe für unsere Truppen. Das geht mir natürlich im Kopf herum."

Lore nickte, ein warmes teilnehmendes Leuchten im Blick. Sie kannte diese heimliche, fiebernde Sorge, die sich nach außen hin verbarg und innerlich Tag und Nacht am Herzen fraß. Auch ein anderer stand mit seiner Eskadron in Serbien, wie sie gestern zufällig von Herrn v. Hillebrand erfuhr, der eine Feldpostkarte von Breda aus Belgrad erhalten hatte . . .

„Wir wollen hoffen, daß der Allmächtige all die Tapfern da unten in seinen besondern Schutz nimmt, Hoheit!"

Magelone hatte sich in einen Stuhl geworfen, sprang aber gleich wieder auf und begann im Gemach hin und her zu gehen.

Eine seltsame Unruhe, ein banger Druck lagen auf ihr. Waren es nur die Nerven oder das Vorgefühl irgend eines nahenden Unheils?"

All ihre Gedanken drehten sich nur um Egon.

„Ich wollte, ich könnte ihm näher sein!" murmelte sie. „Wissen Sie, was ich möchte, Lore? Ich . . ."

Sie kam nicht dazu, den Satz zu vollenden. Fräulein v. Neufelden trat ein und meldete mit einem giftigen Blick auf Lore, deren vertrauliche Stellung bei der Prinzessin ihr unablässig ein Quell wachsenden Neides war, daß die Gräfinen Zandern hier wären und anfragen ließen . . .

„I wo! Lassen Sie das Zeremoniell doch mal beiseite, Neufeldchen!" lachte Tinti ihr auf dem Fuß folgend. „Wir sind ja unter uns und die Rellstab hört Sie nicht!"

Sie wandte sich, ohne Lore eines Blickes oder Grußes zu würdigen, an Magelone.

„Nun, bist du bereit, Schatz? Können wir gehen?" Die Neufelden verschwand mit zufriedenem Lächeln.

Auch Clo war eingetreten. Sie begrüßte Magelone, schien aber den stummen Gruß Lores gleichfalls nicht zu bemerken.

Magelone runzelt die Stirn.

„Liebe Clo — Gräfin Lampelius hat auch gegrüßt," sagte sie ruhig.

„Ach so — verzeihe." Clo nickte leichthin mit dem Kopf, ohne indes Lore anzusehen. Es lag eine so deutliche Geringschätzung in der Bewegung, daß der Gruß eher wie eine Beleidigung aussah. Tinti raffte sich nicht einmal dazu auf. Sie war, Lore den Rücken kehrend, ans Fenster getreten und trommelte ungeduldig an die Spiegelscheiben.

Magelone war dunkelrot geworden, aus Lores Antlitz wich jeder Blutstropfen.

„Liebe Lore," sagte sie dann immer noch ruhig, als wäre nichts geschehen, „bitte lassen Sie meine Kammerfrau verständigen und halten Sie sich zur Begleitung bereit. Die Wagen sollen in einer Viertelstunde vorfahren."

Da fuhr Tinti herum.

„Warum soll uns denn immer nur die Gräfin begleiten?" sagte sie, auf ihre Stellung zu Magelone pochend, ungezogen. Laß doch lieber die Neufelden mitfahren!"

Auch Lores Blick flehte in stummer Hilflosigkeit: „Tu's! Du siehst ja, wie sie mich hassen — erspare mir die Qual!"

Aber Magelone richtete sich entschlossen auf. Nein! Zwingen ließ sie sich nicht — auch nicht von den Kusinen, die ihr bisher nahe wie Schwestern gestanden waren. Niemand hatte das Recht, jemand zu beleidigen, den sie liebte und achtete!

„Es bleibt bei dem, was ich bestimmte. Gräfin Lampelius, Sie werden so freundlich sein, uns ins Katharinenspital begleiten."

„Dann verzichte ich auf den Besuch!" rief Tinti trotzig.

„Das kannst du halten, wie du willst!"

Lore schlich mit tief gesenktem Kopf hinaus. Sie ahnte wohl, was dies versteckte Kesseltreiben gegen sie, das sie seit langem dumpf spürte, bedeutete. Man neidete ihr die Liebe der Prinzessin und wollte sie um jeden Preis stürzen. Der alte Klatsch, den sie eine Zeitlang verstummt wähnte, kreiste wieder um sie und man hatte sich seiner wohl als Waffe be-

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

gebung, schon wegen der notwendigen Hast für der Vorbereitung und Beratung, weit entfernt sind. Bei einem Bedarf von 25 bis 30 Milliarden im Jahr gehe es eben nicht ohne Härten ab. Aber gerade das Einkommensteuergesetz halte sich von solchen noch am meisten fern, denn es stelle den sozialen Gedanken der direkten Besteuerung in den Vordergrund. Jede Gehässigkeit gegen den Arbeiterstand liege dem Lohnabzug fern, der im Gegenteil die Einziehung möglichst erleichtern und die Härte einer späteren Pfändung vermeiden wolle. Freilich müsse der gleichmäßige Abzug von 10 Proz. auch bei solchen, auf die am Ende tatsächlich nur 2—3 Proz. Steuern entfallen, z. B. bei Vätern zahlreicher Familie, aufreizend wirken; aber der zu viel gezahlte Betrag werde je später zurückerstattet oder für andere Steuern aufgerechnet. Der Staatssekretär bemühte sich lebhaft, die entlastenden Bestimmungen des neuen Gesetzes ins rechte Licht zu setzen. Im übrigen werde das Menschenmögliche getan, die Steuer in allen Kreisen restlos zu erfassen. Ihre Verweigerung bedeute die Verneinung des Staates, Bankrott, wirtschaftliches Elend und Anarchie. Es sei absolut unmöglich, auf die Durchführung des schon einmal verbesserten Gesetzes zu verzichten. Die Reichsregierung als solche sei gar nicht in der Lage, es von sich aus zu ändern. Setze man die direkte Steuerlast herab, so bleibe nur die indirekte Steuer übrig, die sozial viel ungerechter wirke. In allen anderen Ländern habe man sich mit diesem Gesetz so ziemlich abgefunden. Er wundere sich über den heftigen Widerstand seiner Landsleute. Die Beträge, die jetzt vorenthalten würden, gingen übrigens weniger dem Reiche als — gemäß dem Zweck des Gesetzes — den Ländern und den Gemeinden verloren. Die Mißstimmung müsse überwunden werden; sonst würden die Folgen nicht nur die Besitzenden, sondern weit mehr die Arbeiterklasse treffen. In der Diskussion lehnte Kommerzienrat Berge von den Daimlerwerken die Verantwortung der Arbeitgeber für den Einzug ab. Die Steuer habe große Mängel. Ein Vermittlungsweg sei nötig. Nach lebhafter Debatte, an der sich weiterhin ausschließlich Vertreter der Arbeitnehmergruppen beteiligten, bedauerte der Staatssekretär, an dem Gesetz nichts ändern zu können. Nicht einmal die Heraufsetzung des Existenzminimums auf 5000 Mark sei durchführbar. Nach den Aeußerungen verschiedener Redner ist für die nächste Zeit mit einem Generalstreik gegen den Lohnabzug zu rechnen.

Württemberg.

Stuttgart, 13. Aug. (Kundgebung.) Heute veranstalteten die Staatsarbeiter der Verkehrsanstalten vor der Generaldirektion, Ecke Kriegsberg- und Bahnhofstraße, eine Kundgebung gegen den Steuerabzug vom Lohneinkommen. Einige tausend Personen füllten den Platz vor dem Gebäude und die Straßen so vollständig aus, daß der Verkehr der verschiedenen Straßenbahnlinien vollständig stockte. Eine Abordnung begab sich zur Direktion, wo sie erfuhr, daß der Präsident in dienstlicher Angelegenheit verreist sei. Als dies von einem Arbeitervertreter vom Balkon aus der Menge mitgeteilt wurde, erhob sich ein Sturm der Entrüstung. Ein weiterer Vertreter forderte, nicht ohne Widerspruch von unten, die Leute auf, auseinander zu gehen. In nächster Woche werde eine große Versammlung einberufen, die die Frage behandeln werde. Ein Arbeiter schwang sich auf die Brüstung der Vormauer und rief: „Aus diesem reaktionären Kasten kann uns keine Rettung kommen, die kommt nur vom Osten!" In die Hochrufe auf den Bolschewismus stimmte die Menge stürmisch ein.

Stuttgart, 13. Aug. (Vom Landtag.) Die Abgeordneten Baumgärtner und Hiller (BP.) haben folgende Anfrage an die Regierung gerichtet: Von einem Teil der Großindustrie wird der gesetzlich vorgeschriebene Abzug der Steuer am Arbeitslohn nicht vorgenommen. Von dem Finanzamt wird auf Befragen empfohlen, den Abzug zu unterlassen, wenn dadurch Schwierigkeiten entstehen. In den Mittel- und Kleinbetrieben, wo die Steuer den gesetzlichen Vorschriften entsprechend und im Einvernehmen mit den Angestellten und Arbeitern seither abgezogen worden ist, machen die Letzteren unter Bezugnahme auf die geschilderten Zustände in den Großbetrieben auch Schwierigkeiten. Sind der Regierung diese Tatsachen bekannt und was gedenkt sie zu tun, um die bezeichneten Mißstände auf die eine oder andere Art zu beseitigen?

Stuttgart, 13. Aug. (Pressebeirat.) Für das städt. Nachrichtenamt ist ein Pressebeirat gebildet worden. Der Reichsverband der deutschen Presse, der Landesverband Württemberg und Landesverband der Presse Württembergs und Hohenzollerns (Württ. Journalisten- und Schriftstellerverein) haben der Stadtverwaltung die Berufungen vorgeschlagen, denen die Abteilung des Gemeinderats für innere Verwaltung ihre Zustimmung erteilt hat.

Stuttgart, 13. Aug. (Neuausrüstung der Feuerwehr.) Die Stuttgarter Berufsfeuerwehr ist nunmehr durchweg mit Kraftfahrzeugen (Spritzen, Leitern, Sanitäts- und Stabswagen usw.) ausgerüstet, wodurch der kostspielige Betrieb mit Pferden ganz in Wegfall kommt. Die Kosten der neuen Kraftfahrgeräte belaufen sich auf 739 521 Mark, wozu die Hauptkasse zur Förderung des Feuerlöschwesens einen Beitrag von 318 221 Mark geleistet hat. Aus den zum Teil sehr wertvollen Pferden wurde ein namhafter Betrag erlöst. Die frei gewordenen Pferdeställe sind zu Werkstätten umgebaut.

Stuttgart, 13. Aug. (Daimlerwerke.) Die gestrige Hauptversammlung der Daimlerwerke beschloß die Erhöhung des Aktienkapitals von 68 auf 100 Millionen Mark, die nach dem Bericht des Direktors Berge durch die Teuerung der Rohstoffe, die Steigerung der Löhne, Gehälter und Geschäftsunkosten erforderlich sei. Die Gesellschaft beabsichtige, wegen der allgemeinen schwierigen Geschäftslage den Betrieb einzuschränken. Die Arbeiter haben die Herausbezahlung des 10prozentigen Steuerabzugs mit Gewaltmitteln erzwungen. Die Gesellschaft müsse aber, wie der Vorsitzende von Kaulla mitteilte, die verlangte Uebernahme der Einkommensteuer der Arbeiter ablehnen, da sonst jeder Kraftwagen um 10 000 Mark höher zu stehen käme und jeder Absatz unmöglich würde. Auf eine Anregung, den Betrieb ganz stillzulegen, wurde erwidert, daß daran nur gedacht werden könne, wenn sich kein anderer Ausweg mehr finde.

Stuttgart, 13. Aug. (Die Ferienkinder.) Gestern nachmittag nach 4 Uhr kamen die 675 Stuttgarter Kinder, Knaben und Mädchen, die in der Ferienkolonie auf dem Heuberg vier Wochen Landaufenthalt genossen hatten, mit Sonderzug hier ein. Die Angehörigen, über 1500 Personen, erwarteten die Kinder, die glückstrahlend dem Zug entstiegen und mit Feldkränzen und Blumensträußen geschmückt dem Familienheim zuwanderten. Das Aussehen der Kinder war meist vorzüglich und sie wurden nicht müde, von ihren Erlebnissen zu erzählen. Die Ernährung war in der letzten Zeit, nachdem der hiesige Stadtarzt auf viele Klagen, die in der ersten Zeit eingelaufen waren, persönlich nach dem Rechten gesehen hatte, genügend und gut.

Stuttgart, 13. Aug. (Ein Milchpantscher.) Zufolge Beschlusses der Gewerbe- und Lebensmittelabteilung des Gemeinderats vom 11. Aug. wurde dem Milchhändler Christian Erwerle, Lindenspürstraße 47, wegen Milchfälschung die Berechtigung zum Milchhandel entzogen.

Leonberg, 13. Aug. (Notstandsarbeit.) Mit einem Aufwand von 300 000 Mk. wird der Gemeinderat den alten verschlammten Feuersee wieder so in Stand setzen, daß er im Sommer als Badanstalt, im Winter als Eisbahn dienen kann. Etwa 200 000 Mk hat die Gemeinde zu tragen. 100 000 Mk. entfallen auf Staatsbeiträge der produktiven Erwerbslosenunterstützung, da es sich um eine Notstandsarbeit handelt.

Brackenheim, 13. Aug. (Diebstahl. — Obsterlös.) In einer der letzten Nächte wurden dem Sägewerksbesitzer Böckle in Pfaffenhofen sämtliche Leder-Treibriemen im Wert von 10 000 Mk. gestohlen. Von den Tätern fehlt jede Spur. — Die Stadtgemeinde Güglingen verkaufte ihr Obst um 19 661 Mk.

Göppingen, 13. Aug. (Häuteversteigerung.) Bei der Versteigerung von 4000 Großviehhäuten und 3500 Kalbfellen wurden folgende Preise für je 1 Pfund erzielt: Ochsenhäute 11—12.50 Mk., Rinderhäute 12.70 bis 13.85 Mk., Kuhhäute 11.50—13.155 Mk., Bullenhäute 8.40—12.90 Mk., Kalbfelle 14.95—15.75 Mk. Zum Teil wurden die seitherigen Preise erreicht, zum Teil trat eine kleine Abschwächung ein.

Ulm, 13. Aug. (Zuckerhinterziehung.) Der als Hilfsangestellten beim Lebensmittelamt verwendete Kaufmann Auch hat einem hiesigen Geschäftsmann unberechtigterweise 720 Pfund Zucker, die für die hiesigen Krankenhäuser und Verpflegungsanstalten bestimmt waren, verschafft. Der Zucker konnte teilweise wieder beigebracht werden.

Laupheim, 13. Aug. (Eiergenossenschaft.) Infolge der Aufhebung der Eierbewirtschaftung und zur Verhütung des wilden Handels mit Eiern, haben Erzeuger und Verbraucher im Bezirk eine Eierverbrauchsgenossenschaft gegründet, die den Bauernverein unterstützen will.

Mergentheim, 13. Aug. (Billige Kartoffeln.) Oekonomierat Zeiner-Neuhaus hat der Stadtgemeinde Mergentheim 50 Zentner Frühkartoffeln zum Preis von 10 Mark der Zentner für minderbemittelte Einwohner zur Verfügung gestellt.

Marktbericht.

Stuttgart, 13. Aug. (Schlachtviehmarkt.) Dem Donnerstag-Markt waren zugeführt: 756 Stück Großvieh — 55 Ochsen, 20 Bullen, 681 Kühe und Jungrinder, 205 Kälber, 30 Schweine, 2 Schafe und 1 Ziege. 224 Stück Großvieh wurden von den Stuttgarter Metzgern übernommen, während 532 Stück Großvieh nach auswärts und zwar ein kleiner Teil (35 Stück) innerhalb des Landes nach Heilbronn, Ludwigsburg, Böblingen, der größere Teil (497 Stück) an den Main und Rhein geliefert wurden. In Schweinen und Kleinvieh konnte das Angebot die Nachfrage nicht befriedigen. Nach einer Bekanntmachung im Reichsanzeiger ist der Viehpreisabschlag in unmittelbarer Aussicht. Sein Inkrafttreten wird wohl ein Nachlassen der reichlichen Viehanlieferung zur Folge haben.

Baden.

Karlsruhe, 13. Aug. Die Gewerkschaft deutscher Eisenbahner, ehemals Badischer Eisenbahnerverband, (Neutrale Großorganisation für Beamte und Arbeiter) stellte sich auf den Standpunkt, daß unter allen Umständen die Durchfuhr von Kriegsmaterial und Soldaten für Polen verhindert werden soll.

Karlsruhe, 13. Aug. Der Mord an dem Arbeiter und Kriegsinvaliden Otto Schwall in Daxlanden stellt sich lt. „Volksfreund" als ein wohl vorbereitetes Verbrechen heraus. Das Tragische ist dabei, daß das Opfer der Mordbuben ein anderer junger Mann gleichen Namens, Sohn eines Daxlander Wirts, sein sollte. Durch eine der mitverhafteten Frauenspersonen hatten die Mörder in Erfahrung gebracht, daß ein junger Mann namens Schwall am Samstag abend von Karlsruhe mit einem größeren Geldbetrag nach Daxlanden kommen werde. Die Bande lauerte diesem jungen Mann auf, verwechselte ihn aber offenbar mit dem Arbeiter Otto Schwall, während der betr. junge Mann selbst kurz darauf denselben Weg nach Daxlanden ging. In demselben Augenblick wurde das Opfer durch die Revolverschüsse niedergestreckt.

Pforzheim, 13. Aug. Durch die Mithilfe der Industriebank ist es möglich geworden, die restlichen Guthaben der Gläubiger des Bankvereins sofort voll zur Ausschüttung zu bringen. Ausgenommen hiervon bleiben zunächst die aufgelaufenen Zinsen, die später geregelt werden sollen sowie Forderungen, die den Bestimmungen des Friedensvertrags unterliegen.

Mannheim, 13. Aug. Mit der Durchführung der Reichsbesoldungsordnung erwächst der Straßenbahn Mannheim—Ludwigshafen eine Mehrausgabe von 8 Millionen Mark (Mannheim 6, Ludwigshafen 2 Millionen).

Mannheim, 13. Aug. Die hiesige Maschinenfabrik für Eisenbahnbedarf Josef Vögele ist in eine Aktiengesellschaft mit einem Kapital von 10 Mill. Mark umgewandelt worden. Die Firma besteht seit 85 Jahren.

Heidelberg, 13. Aug. Der hier wohnhafte Reserveführer Leonhard Leser sprang oder fiel auf der Strecke Durlach—Bruchsal vom Zuge ab und wurde sofort getötet. — Ueber Kinder-Massenerkrankungen im Solbad Rappenau waren hier in den letzten Tagen Gerüchte verbreitet. Wie die „Heidelb. N. Nachr." erfahren, sind in der Tat einige Kinder erkrankt und verschiedene Todesfälle vorgekommen. Die unter ruhrähnlichen Erscheinungen auftretenden Erkrankungen sollen auf den Genuß von verdorbenen Speisen zurückzuführen sein. Eine Aufklärung von zuständiger Stelle ist noch nicht erfolgt.

Schwetzingen, 13. Aug. Hier sind einige junge Leute verhaftet worden, die Urkundenfälschungen und im Anschluß daran größere Schiebereien und Betrug zum Nachteil des Kommunalverbands bzw. der Verbraucher begangen haben. Verschiedene andere Personen sind an der Sache noch beteiligt.

Oberkirch, 13. Aug. Das Staatsministerium hat genehmigt, daß der Ortsname der Gemeinde Peterstal gemäß eines von dieser Gemeinde gestellten Antrags in „Bad Peterstal" abgeändert wird.

Offenburg, 13. Aug. Der hiesige Wirteverein hat den Bierpreis ermäßigt. Die Brauereiverbände erklärten, sich an dem Abbau nicht beteiligen zu können, dagegen besseres Bier verkaufen zu wollen.

Vom Feldberg, 13. Aug. Gestern fand zum ersten Mal seit Kriegsschluß der weithin bekannte Lorenzmarkt auf unseren Höhen statt. Von Nah und Fern waren Besucher in großer Zahl erschienen. Der Handel mit Vieh, welches bei guter Weide in bestem Stand sich befindet, war ein flotter.

Triberg, 13. Aug. Die Untersuchung über den Tod des beim Wasserfall aufgefundenen Bankbeamten Heinrich Grünewald aus Frankfurt hat ergeben, daß Grünewald einem Raubmord zum Opfer gefallen ist. Er wurde von dem noch unbekannten Täter durch Schläge mit einem stumpfen Werkzeug, Stiche in den Hals und Erwürgen getötet. Grünewald war am 5. August in Triberg eingetroffen und zwei Tage darauf ermordet worden.

Stockach, 13. Aug. Die Arbeiterschaft der Fahrschen Fabrik hielt am Mittwoch früh einen Zug an, der einige Wagen mit Vieh führte. Die Arbeiter setzten es durch, daß die Viehwagen abgehängt wurden, die sie dann, lt. „Konst. Nachr.", auf das Fabrikgeleise schoben.

Singen, 13. Aug. Gerüchtweise verlautet, daß auf dem hiesigen Bahnhof, wie auf demjenigen von Radolfzell mehrere Eisenbahnwagen mit Munition, für die Polen bestimmt, angehalten worden sind. Die Betriebsräte und die Dienststellenausschüsse der Station Singen beschlossen, daß alle Sendungen, die aus der Richtung Schaffhausen (Frankreich) kommen und nach dem Osten laufen, einer scharfen Kontrolle unter Hinzuziehung eines Betriebsrats hier unterzogen werden müssen.

Singen a. H., 13. Aug. Die Betriebsräte und die Dienststellenausschüsse der hiesigen Station haben laut „Fr. St." beschlossen, daß Schlachtvieh nur an städtische Schlachthofverwaltungen und Metzgerinnungen und Zuchtvieh nur an landwirtschaftliche Genossenschaften und an Gemeinden weiter transportiert wird.

St. Blasien, 13. Aug. Am nächsten Sonntag, den 15. d. M. feiert die hiesige Stadtgemeinde den 200. Geburtstag von Fürstabt Martin Gerbert (11. August 1720), dem Erbauer der herrlichen Kuppelkirche und umfangreichen Klosterbauten.

Mutmaßliches Wetter.

Unter der Fortdauer des Hochdrucks ist am Sonntag und Montag trockenes, nachts kühles und nach Morgennebeln tagsüber warmes Wetter zu erwarten.

Vermischtes.

Schiebungen. Mit gefälschten Ein- und Ausfuhrscheinen wird ein regelrechter Börsenhandel getrieben. Das ist längst bekannt, aber selten gelingt es, abgesehen von unbedeutenden Fällen, rechtzeitig hinter die Schliche der Großschieber zu kommen, obgleich der Wert der Schiebungen in die Milliarden gehen muß. Nun ist aber doch einmal wieder eine solche Schiebergesellschaft festgesetzt worden und zwar in Baden, wobei bestochene Angestellte der Reichsstelle für Ein- und Ausfuhrbewilligung, Zweigstelle Karlsruhe, mitschuldig sind. Es handelt sich um die Verschiebung von 49 000 Festmeter Holz im Wert von über 20 Millionen Mark ins Ausland. An den unsauberen Geschäften sind beteiligt die Angestellten der Reichsstelle Reuthner, Brock und Wäschle, die Angestellten Heer und Eitel von der Speditionsfirma Lassner in Karlsruhe, der flüchtige Kaufmann Fries aus Durlach, der die gefälschten Ausfuhrscheine an die verschiedenen Händler vermittelte und dafür 5 Millionen Mark „Provision" verlangte, wovon ihm 600 000 Mark bereits ausbezahlt sind. Abnehmer solcher Scheine waren die Händler Otto Bär, Artur Stern, Fridolin Frischkeller in Karlsruhe, Oskar Müller und Friedr. Schüle in Pforzheim. Sie sind sämtlich verhaftet. Die Holzfirma Martin Stöcker in Offenbach und eine Bank sind durch Fries um 2 Millionen Mark geschädigt.

Explosion. Auf dem Eisen- und Stahlwerk Hösch in Dortmund geriet beim Füllen eines Schmelzofens eine nicht entladene Granate in den Ofen. Dieser wurde zerrissen, wobei 10 Personen zum Teil schwer verletzt wurden.

Auswanderung nach Brasilien. Die deutsche Reichsregierung hat auf Grund der von Brasilien gemachten Vorschläge zunächst 2500 Personen die Auswanderung nach Brasilien genehmigt. Der brasilianische Dampfer „Cuayaba" ist am Donnerstag mit der ersten Gruppe in See gegangen. Die Auswanderer haben freie Ueberfahrt.

Streik im Vatikan. Der „Corriere della Sera" meldet, die Angestellten des Vatikans seien wegen Lohnforderungen in den Streik eingetreten. Die Gärtner wollen nur noch einen Teil ihrer Arbeiten ausführen, bis ihre Forderungen erfüllt sind.

---

dient, um nun auch die Verwandten Magelones gegen sie einzunehmen.

Und sie war machtlos dagegen! Denn sie konnte nicht hintreten vor die Prinzessin und ihr die Wahrheit sagen, ohne das Herz dieser besten, edelsten Frau tief zu verwunden.

Auf die eine Frage: „Ist es wahr, daß mein Gatte dich liebte?" hätte sie stumm bleiben müssen.

Eine grenzenlose Müdigkeit und Verzweiflung packte das junge Mädchen. Sie hatte stolz und unbeirrt ihren Weg gehen wollen, um die Welt endlich von ihrer Unschuld zu überzeugen. Aber man glaubte ihr trotz allem nicht! Nicht einmal das liebevolle Vertrauen ihrer Herrin brachte den häßlichen Klatsch zum Schweigen.

(Fortsetzung folgt.)

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Öffentliche Aufforderung

zur

Abgabe einer Steuererklärung für die Veranlagung zum Reichsnotopfer.

Zur Abgabe einer Steuererklärung sind verpflichtet:

1 a) die Angehörigen des Deutschen Reichs;

b) Angehörige außerdeutscher Staaten, die die deutsche Staatsangehörigkeit erst nach dem 31. Juli 1914 verloren haben, und staatenlose, die am 31. Dez. 1919 im Deutschen Reiche einen Wohnsitz oder in Ermangelung eines Wohnsitzes ihren dauernden Aufenthalt gehabt haben;

c) Angehörige außerdeutscher Staaten, die sich am 31. Dezember 1919 im Deutschen Reiche dauernd des Erwerbs wegen aufgehalten haben;

falls die zu a bis c Genannten am 31. Dez. 1919 allein oder mit ihrer Ehefrau ein Vermögen von 5000 Mark und darüber gehabt haben oder eine Aufforderung zur Abgabe der Steuererklärung erhalten.

2. Die nachstehend Genannten, und zwar ohne Rücksicht auf die Höhe des Vermögens:

a) inländische Aktiengesellschaften, Kommanditegesellschaften auf Aktien, Kolonialgesellschaften, Berggewerkschaften und andere Bergbau treibende Vereinigungen, Gesellschaften mit beschränkter Haftung, Versicherungsvereine, eingetragene Genossenschaften, deren Anteile auf mindestens 50 Mark lauten, sowie Kreditanstalten;

b) sonstige inländische juristische Personen;

c) inländische nichtrechtsfähige Vereine, sowie sonstige inländische Vermögensmassen, die nicht dem Vermögen anderer Abgabepflichtiger anzurechnen sind, insbesondere Stiftungen ohne juristische Persönlichkeit;

d) die Eigentümer von inländischem Grund- und Betriebsvermögen oder diejenigen Personen, denen nach Artikel 297 i des Friedensvertrags eine Entschädigung gewährt worden oder zu gewähren ist.

3. wer zur Abgabe der Steuererklärung nach Nr. 1 und 2 Verpflichtete zu vertreten hat.

Die Angehörigen des Deutschen Reichs, die sich bereits vor dem 31. Juli 1914 mindestens zwei Jahre ununterbrochen des Erwerbs wegen oder aus anderen zwingenden Gründen im Ausland aufgehalten haben, ohne einen Wohnsitz im Inland zu haben, und noch am 31. Dezember 1919 im Ausland gewohnt haben, sind zur Abgabe einer Steuererklärung nur insoweit verpflichtet, als sie zu den oben unter 2 d bezeichneten Personen gehören. Diese Ausnahme findet jedoch keine Anwendung auf Reichs- und und Staatsbeamte, die ihren dienstlichen Wohnsitz im Ausland gehabt haben.

Die zur Abgabe der Steuererklärung Verpflichteten werden aufgefordert, die Steuererklärung unter Benutzung des vorgeschriebenen Vordrucks

in der Zeit vom 16. August bis 16. Oktober 1920

bei dem unterzeichneten Finanzamt einzureichen. Vordrucke für die Steuererklärung können von dem unterzeichneten Finanzamt bezogen werden, und zwar, soweit den Steuerpflichtigen Vordrucke nicht zugestellt worden sind und es sich um die beiden ersten Stücke handelt, kostenlos und, soweit weitere Stücke verlangt werden, gegen Zahlung von 80 Pfg. für jedes weitere Stück. Die Verpflichtung zur Abgabe der Steuererklärung besteht auch dann, wenn ein Vordruck nicht zugesandt worden ist.

Die Einsendung schriftlicher Erklärungen durch die Post ist zulässig, geschieht aber auf die Gefahr des zur Abgabe der Steuererklär. Verpflichteten u. deshalb zweckmäßig mittels Einschreibebriefs. Mündliche Erklärungen werden von dem unterzeichneten Finanzamt während der Geschäftsstunden zu Protokoll entgegengenommen.

Wer die Frist zur Abgabe der ihm obliegenden Steuererklärung versäumt, wird mit Geldstrafen zur Abgabe der Steuererklärung angehalten; auch kann ihm ein Zuschlag bis zu 10 vom Hundert der endgültig festgesetzten Steuer auferlegt werden.

Wer das Reichsnotopfer ganz oder teilweise hinterzieht oder zu hinterziehen versucht, oder eine derartige Handlung seines Vorteils wegen begünstigt oder hierbei hilft oder wer seines Vorteils wegen Gegenstände, von denen er weiß oder annehmen muß, daß das Reichsnotopfer für sie hinterzogen ist, verheimlicht, absetzt oder zu ihrem Absatz mitwirkt, wird mit Geldstrafe bis zum dreifachen Betrage der betreffenden Steuer bestraft. Neben der Geldstrafe kann auf Gefängnis und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte erkannt sowie die Bestrafung auf Kosten des Verurteilten bekanntgemacht werden. Vermögen, das bei der Veranlagung zum Reichsnotopfer vorsätzlich verschwiegen wird, verfällt zugunsten des Reichs. Sonstige Zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften des Gesetzes über das Reichsnotopfer oder die zugehörigen Verwaltungsbestimmungen können mit Ordnungsstrafen bis zu 1000 Mk. geahndet werden.

Für die in der Zeit vom 1. Juli bis 31. Dezember 1920 auf das Reichsnotopfer bar gezahlten Beträge (§ 41 des Gesetzes) werden 4 vom Hundert als Vergütung gewährt. Die in dem § 30 des Gesetzes über das Reichsnotopfer vorgeschriebene 5prozentige Verzinsung der Steuer vom 1. Januar 1920 ab hört für den durch die Zahlung getilgten Betrag mit dem Tage der Einzahlung auf.

Neuenbürg, den 12. August 1920.

Finanzamt: Mangold.

Linden-Kabarett

Dir. W. Kull.

Art. Leitung Cay Baron von Schwarzenbach.

Attraktions-Programm

u. a.

Caya u. Cay

Baron von Schwarzenbach die moderne Tanzattraktion.

Gusti Milany

Wiener Stimmungssängerin.

Ati Rüvert

Grotesk-Komiker.

Doris Alven

Opernsängerin.

Preise der Plätze: 6 und 4 Mk.

Tischbestellung Telefon 52.

Samstag und Sonntag Verlängerung bis 12 Uhr.

Stadtgemeinde Wildbad.

Freitag, den 20. d. M. vormittags 11 Uhr

im Rathaussaale dahier wird die

Herstellung eines Holzabfuhrweges

in den Abteilungen Hannesenweg und Straubenriß an den Mindestfordernden vergeben werden.

Die näheren Bedingungen sind bei mir einzusehen.

Wildbad, den 13. August 1920.

Städt. Forstamt: Müller, Forstmeister.

HELVETIA ✚ HAUS

OTTO RAMGE jr.

HEILBRONN a. N. 1

LAUFENBURG a. Rh. Baden o. Schweiz

HAMBURG a. E. 1

Spielplan des Kurtheater vom 14.—19. August.

Samstag, 14. Aug. Volksvorstell.: „Der fidele Bauer"
Sonntag, 15. Aug. „Wie einst im Mai",
Montag, 16. Aug. „Alt-Heidelberg",
Dienstag, 17. Aug. „Zwangseinquartierung",
Mittwoch, 18. Aug. „Ballnacht",
Donnerstag, 19. Aug. „Liebe".

Herr. Trik. Hemden

34 Mark

f. Knaben 27 Mk., Dam.-Strümpfe alle eleg. Farben 16 Mk., Socken 8 Mk., Herr. Sportstrümpfe 26 Mk. u. Nachn. Porto. Gute Ware.

M. Großmann, München, 41 Baaderstr. 1.

Verloren

Bergbahn-Abonnement

(J. Lucas).

Abzugeben **Deutscher Hof.**

Turnverein Wildbad.

Montag abend 8 Uhr

Versammlung im Ratskeller.

Wegen wichtiger Besprechung wird zahlreiches Erscheinen erwartet. **Der Vorstand.**

Herren

Stärke-Wäsche

liefert in 8—10 Tagen

Grosswäscherei

Schorpp.

Annahmestelle:

Witwe Volz

Wildbad

Wilhelmstr. 91.

Gasthaus zum

„Hirsch"

::: Wildbad :::

Reelle Weine

Gute Küche

Bes.: W. Balz.

Warnung.

Ich warne hiemit jedermann, meiner Frau oder meinen Angehörigen etwas abzugeben ohne Geld, da ich für nichts aufkomme bezw. dafür hafte.

Martin Egeler,
Bahnwärter.

Wirkl. etwas Gutes

ist unser überseeischer Rippentabak für kurze und lange Pfeifen. Pro 100 Gr.-Paket Mk. 3.50 5 Pakete Mk. 17.— bei

Chr. Schmid & S.

Tabakwarengroßhandl.
Wildbad,
König-Karlstr. 68.

Ver. ehem. Soldaten u. Kriegsteilnehmer Wildbad.

Unser Kamerad und langjähriger verdienter Kassier

Christoph Treiber,
Privatmann,

ist infolge Unglücksfall gestorben. Der Verein betrauert einen guten alten Kameraden.

Die Mitglieder werden um zahlreiche Beteiligung am Leichenbegängnis gebeten.

Antreten am Rathaus eine Viertel-Stunde vor dem Leichenbegängnis. Die Beerdigung wird noch bekannt gegeben.

Der Vorstand.

Bekanntmachung.

Am **Montag vormittag** von 8—12 Uhr kommt im Städt. Mehllokal **Hühnerweichfutter u. Kückenfutter** zum Verkauf.

Hühnerweichfutter kostet 65 Pfg.,
Kückenfutter „ 75 „ das Pfund.

Städt. Mehl- u. Futtermittelabgabe.

Brotkarten-Abgabe.

Die Abgabe der Brotkarten usw. erfolgt am **Montag, den 16. d. Mts.** von 8 Uhr ab.

Kranken-Mehl.

Das Kranken-Mehl wird von Dienstag mittags 2 Uhr an abgegeben.

Städt. Lebensmittelamt Wildbad.

Gewerkschafts-Kartell
Wildbad.

Sonntag, den 15. August 1920,
von nachmittags 2 Uhr

Gross. Sommerfest

in der städt. Turnhalle.

Volksbelustigungen aller Art sowie Tanz.

Die Gesamtbevölkerung von Wildbad, Calmbach, Höfen und Umgebung ist freundlichst eingeladen.

Der Kartell-Vorstand.

Wildbad, den 14. August 1920.

Todes-Anzeige.

Teile Verwandten, Freunden und Bekannten die schmerzliche Nachricht mit, daß meine liebe Frau, unsere gute, treubesorgte Mutter, Tochter, Schwägerin und Tante

Anna Bausert,
geb. Rath,

im Alter von 44 Jahren heute nacht 2 Uhr nach längerem Leiden sanft in dem Herrn entschlafen ist.

Um stille Teilnahme bittet

der trauernde Gatte:
Hermann Bausert,
mit seinen 4 Kindern.

Beerdigung Montag nachmittag 2 Uhr.

Wildbad, den 14. August 1920.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Liebe und Teilnahme, welche wir während der langen Krankheit und beim Hinscheiden unserer lieben Mutter

Rosine Eitel,
geb. Fischer,

von allen Seiten erfahren durften, ferner für die liebreiche Pflege der Krankenschwester, für die trostreichen Worte des Herrn Stadtpfarrers, für die schönen Blumenspenden, für die zahlreiche Begleitung zu ihrer letzten Ruhestätte, sowie den Herrn Trägern sagen wir unsern innigsten Dank.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Färberei Printz

Karlsruhe,

auf alle Arbeiten wie in der Vorkriegszeit eingestellt, **sucht** an allen Plätzen, wo sich keine Niederlage befindet,

Vertreter

(Annahmestellen)

Es wollen sich nur solche Firmen melden, die ein geeignetes, in guter Lage befindliches Laden-Geschäft (Manufaktur-, Kurzwaren usw.) betreiben.

Kath. Gottesdienst. Sonntag, 15. August. Mariä Himmelfahrt. 7 Uhr Frühmesse. 9 Uhr Predigt und Hochamt vor ausgesetztem Allerheiligsten. 2 Uhr Andacht. An den Wochentagen 7 Uhr hl. Messe. Beicht: Samstag nachm. von 4 Uhr an, Sonntag früh von 6 Uhr. Kommunion: Sonntag 6½, bei der Frühmesse und am 8 Uhr, Werktags bei der hl. Messe.

Evang. Gottesdienst. Sonntag, 15. Aug., 9. Sonn. n. Trin.: 9½ Uhr Predigt, Stadtpfarrer Leyrer (Marbach a. N.) 2 Uhr Predigt in Sprollenhaus: Stadtpfarrer Dr. Federlin.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw